

Sigmar Gabriel

Vor 20 Jahren starb Willy Brandt

Sigmar Gabriel

(* 1959) ist Bundesvorsitzender der SPD und Mitherausgeber der NG|FH. Zuvor war er Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

sigmar.gabriel@spd.de



Mehr als drei Meter misst die Bronzefigur von Willy Brandt in der SPD-Parteizentrale in Berlin, die seinen Namen trägt. Dennoch macht die vom Bildhauer und Maler Rainer Fetting geschaffene Skulptur aus Brandt keine abgehobene, übermenschliche Figur. Dieser Brandt ist ein Mann, der seine Zeit ebenso bewegt hat wie sie ihn. Er weist nicht in der Pose eines großen Staatenlenkers in eine bessere Zukunft: Fettings Brandt schaut ruhig nach unten. Seine Hände suchen zu greifen, sie erklären zugleich. So erlebten seine Weggefährten Willy Brandt: nachdenklich, herzlich, gelegentlich auch launisch, aber stets mit der Bereitschaft, zuhören zu wollen, manchmal polarisierend, versammelnd und auch anführend. Kurzum: Dieser Brandt ist menschlich. Und er verkörpert bis heute als überragende politische Persönlichkeit ein anderes Deutschland als jenes, das durch den grausamen Nationalsozialismus jahrzehntelang moralisch diskreditiert war.

Willy Brandt ist mehr als nur das Gesicht des Wandels Deutschlands zu einer modernen, aufgeklärten und weltoffenen Nation. Er hat als Politiker diesen Wandel selbst entscheidend vorangetrieben und gestaltet. Acht Kanzler regierten die Bundesrepublik seit 1949. 20 Jahre nach seinem Tod ragt Willy Brandt aus der Reihe der Kanzler der zweiten deutschen Demokratie als Visionär heraus wie kein anderer, auch weil sein Wirken generationenüber-

greifend war. 1969, das Jahr seines Amtsantritts als Kanzler, markiert einen Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wenn man je von einem Macht- und Politikwechsel sprechen konnte, dann war es der Wechsel vom Christdemokraten Kiesinger zum Sozialdemokraten Willy Brandt. Letzterer hatte sich seine Popularität erarbeitet durch seine Fähigkeit, seiner Politik ein klar umrissenes Ziel zu geben. Er hat es auf einzigartige Weise verstanden, sein hohes Ansehen und seine Faszination bei den Menschen in demokratische Unterstützung zu transformieren. Darin bestand seine politisch überragende Leistung. Und daraus speist sich sein bis heute wirkendes Charisma.

Neugründung der zweiten deutschen Demokratie

Willy Brandt hat die Bundesrepublik geprägt, obwohl seine Amtszeit als Kanzler nicht einmal fünf Jahre währte. Vieles, das er anstieß, wirkt bis in unsere Zeit hinein nach. Die Regierungserklärung, die Willy Brandt am 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag hielt, stand unter dem Motto »Mehr Demokratie wagen«. Das ist zum geflügelten Wort geworden, das bis heute in unsere politische Sprache fortwirkt. Weil Politik stets auch ein Wagnis sein muss. Die Reformvorhaben der Regierung Brandt lesen sich wie die Ankündigung einer Neugründung der zweiten deutschen Demokratie. Und es blieb selbstverständlich nicht bei Ankündigungen.

Willy Brandts Ton war optimistisch und von kraftvoller Zuversicht: »Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.« Dieses Versprechen haben die sozial-liberalen Regierungen seit Brandt eingelöst. Er, und danach

Helmut Schmidt, prägten einen neuen Regierungsstil. Brandt beschrieb diesen neuen Stil so: »Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung wie unser Volk. Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.« Daran kann sich auch heute jede demokratisch gewählte Regierung nicht nur orientieren, sie muss sich wieder daran messen lassen.

Partizipation ist heute ein gesellschaftliches Prinzip geworden. Die weitreichenden Reformen der sozial-liberalen Regierungszeit haben entscheidendes dazu beigetragen. Die Novellierung des Strafrechts, zahlreiche gesellschaftspolitische Reformen, das neue Betriebsverfassungsgesetz, die Erweiterung der Unternehmensmitbestimmung, die Vermögensbildung, weitreichende Bildungsreformen und ein Sozialstaat, der sich am Menschenrecht auf ein Leben in Würde orientiert: Das sind bleibende Ergebnisse von Brandts Reformpolitik. Mehr noch: Sie kann den Raum der Möglichkeiten erahnen lassen, den Politik wieder in den Blick nehmen muss.

Doch Willy Brandt stand an diesem Oktobertag des Jahres 1969 vor dem Bundestag auch als Repräsentant des »anderen Deutschland«. Er, ein erklärter Gegner Hitlers, war 1933 ins Exil gezwungen worden. Wie viele andere Sozialdemokraten leistete er Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Brandt sprach noch am Wahlabend davon, dass mit seinem Sieg Hitler endgültig verloren habe. Im Rückblick war dies keine Überhöhung eines Wahlsieges. Erstmals seit 1930 hatte Deutschland wieder einen sozialdemokratischen Kanzler; wenige Monate zuvor war mit Gustav Heinemann ein Sozialdemokrat ins Amt des Bundespräsidenten gewählt worden.

Der Nationalsozialismus wurde nicht länger verschwiegen, verdrängt oder gelehnet. Mit Brandts Kanzlerschaft begann – zögerlich zwar – eine neue Phase der Aus-

einandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Das kam symbolisch zum Ausdruck in einer einfachen Geste: Am Tage der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages 1970 fiel Willy Brandt vor dem Denkmal der Helden des Warschauer Ghettos auf die Knie.

Diese demütige Geste des entschiedenen Nazi-Gegners Brandt wurde zum Symbol des Neubeginns unseres demokratischen Deutschland. Es verlangte nicht länger das Vergessen von seinen Nachbarn. Die Deutschen konnten so zu einem Volk der guten Nachbarn werden, wie es Brandt in seiner Regierungserklärung angestrebt hatte. Der Friedensnobelpreis, den Willy Brandt 1971 erhielt, honorierte diesen Neuanfang. Mit der Neuen Ostpolitik, zu der auch die Anerkennung der Nachkriegsordnung mitsamt der Teilung Deutschlands zählte, schuf Brandt die Voraussetzung für die Europäisierung deutscher Außenpolitik, der auch politisch-psychologisch unumkehrbaren Integration Deutschlands in die europäische Staatengemeinschaft. Ohne die Entspannungspolitik wäre die Überwindung der Teilung nicht vorstellbar gewesen.

Von 1964 bis 1987 war Willy Brandt Vorsitzender der SPD, länger als jeder vor und nach ihm. In dieser Zeit traten hunderttausende überwiegend junger Menschen in die SPD ein. Zwischen 1976 und 1992 stand Brandt als Präsident der Sozialistischen Internationale vor. Er verlieh ihr gemeinsam mit Bruno Kreisky und Olof Palme eine beispielhafte politische Bedeutung. Nicht zuletzt durch Brandt wurde die SI zu einem Forum für einen Nord-Süd-Dialog, der die asymmetrische Globalisierung als neue, globale soziale und ökologische Herausforderung thematisierte.

Willy Brandt hat die SPD nachhaltig verändert. Er war ein strategisch denkender Sozialdemokrat, der sein Handeln vor dem Hintergrund der Parteigeschichte reflektierte. Brandt wollte keine erfolgreiche

Oppositionspartei führen, er erhob den Anspruch, politisch zu gestalten. Dazu musste die SPD neue Wählergruppen für ihre Politik erschließen. Was er schon auf dem Wahlparteitag 1972, vor dem größten Wahlsieg in der Geschichte der SPD, als »Neue Mitte« bezeichnete, war eine Wählerallianz, die sich als Reformbündnis zusammenschloss. Brandt beschrieb die Rolle der SPD beim Schmieden dieser Allianz so: »Sie ist in meinem Verständnis in der politischen Geographie die große linke

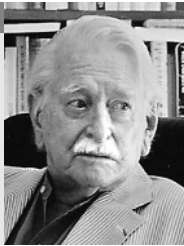
Volkspartei, die nach Möglichkeit jene Strömungen der sozialen Demokratie, des demokratischen Sozialismus, in sich verarbeiten muß... Bindendes Element ist die Überzeugung, daß soziale Fortschritte und Veränderungen nur in Freiheit und in strikter Treue zum demokratischen Rechtsstaat vollzogen werden können ...«

Dem ist – auch von heute aus betrachtet – nichts hinzuzufügen. Diese Worte bleiben sein Vermächtnis und zugleich Richtschnur für uns Nachgeborene. ■

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Cherchez les dames

Klaus Harpprecht



(*1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei *S. Fischer* erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.

François Hollande hat vor der Wahl den Bürgern des Landes eine Präsidentschaft der »Normalität« versprochen. Das hörten die Leute gern, denn sie waren der Kapriolen des Vorgängers müde geworden, obschon sie zugeben mussten, dass er sich unter Aufsicht von Carla Bruni gebessert hatte. Schluss mit »Bling-Bling«. Noch vor der Wahl brachte sie ein Töchterchen zur Welt. Die Mehrheit der Franzosen zog dennoch dem Kindesvater den grundbürgerlichen Monsieur Hollande vor, der auf Geheiß seiner Gefährtin – mit dem (für französische Zungen) schwierigen Namen Valérie Trierweiler – zehn Kilo fortgehungert hatte und sich nur noch in untadelig geschnittenen Anzügen zeigte: der arriivierte Bourgeois aus dem Bilderbuch.

Sage keiner, die privaten Affären der Herrscher und die Geschichten von ihren

Damen seien unpolitisch. Sie waren es in Frankreich nie. Sie sind es erst recht nicht, wenn die eine dieser für das höchste Amt im Staat kandidiert hat, die andere – eine alerte Journalistin – gar nicht verbirgt, dass sie Einfluss zu nehmen gedenkt. Die Mitregentschaft der Frauen hat sich seit der Zeit der gekrönten Häupter nicht geändert. Über jedem Präsidenten der Errepublik schwebt – es ist paradox – der Glanz des Monarchentums, nicht nur dank der wehenden Helmbüsche der Garde Républicaine auf ihren stolzen Rossen, nicht nur wegen des höfischen Gepräges im Elysée-Palast, sondern auch durch die Machtfülle, die jene des amerikanischen Präsidenten noch übertrifft. So hofften die Franzosen – heimliche Monarchisten, die sie sind – auf einen Bürgerkönig. Keinen zweiten Louis Philippe, sondern auf einen wahren Bürger aus ihrer Mitte.

Sie sind sich der guten Wahl nicht mehr so sicher. »Cherchez les femmes!«, seufzen sie resigniert. Es stört sie nicht weiter, dass es die Herren im Elysée mit der Moral nicht allzu genau nehmen: Das gehört sozusagen zum Beruf. Giscard d'Estaing nutzte seinen Charme politisch wenig. Sein Nachfolger Mitterrand, zwar klein von Wuchs,